

Hochschulen im Wettbewerb

Innenansichten über die Herausforderungen
des deutschen Hochschulsystems

Anja Neundorf, Julian Zado, Joela Zeller (Hrsg.)



Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

978-3-8012-0398-6

Copyright © 2009 by
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn
Umschlag: Jens Vogelsang, Aachen
Satz: Just in Print, Bonn
Druck und Verarbeitung: CPI - Ebner & Spiegel GmbH, Ulm
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2009

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhalt

- 7 Einleitung
- 15 Bestandsaufnahme des deutschen Hochschulsystems**
- 16 Kapitel 1: Der Wandel des deutschen Hochschulwesens:
Von der Ordinarien- zur Wettbewerbshochschule
Madeleine Sanchiño Martínez
- 31 Kapitel 2: Hochschulen zwischen Demokratie und Wettbewerb
Christian Haberecht
- 44 Kapitel 3: Der Bologna-Prozess im Überblick – Stationen und
Ziele, AkteurInnen, Strukturen und Umsetzung
Christian Berg, Jochen Dahm
- 61 Kapitel 4: Globalisiert und reformiert: Das deutsche Hochschul-
system im internationalen Vergleich
Christian Förster
- 79 Kapitel 5: Deutschlands Position auf dem globalen Bildungsmarkt
Dirk Schmittchen
- 93 Elemente des wettbewerblichen Umbaus**
- 94 Kapitel 6: Hochschulfinanzierung – Studiengebühren als Element
eines wettbewerbsorientierten Hochschulwesens
Florian Hillebrand
- 109 Kapitel 7: Auf die Plätze, fertig, los! Der Wettbewerb um Elitetitel
und Exzellenzgelder
Anja Neundorf
- 125 Kapitel 8: Der Wettbewerb um die besten Studierenden:
Funktion und Logik neuer Auswahlverfahren
Nadine Müller
- 133 Auswirkungen des Wettbewerbs**
- 134 Kapitel 9: An der Realität vorbei geplant – zur Studierbarkeit der
neuen Bachelor-Studiengänge
Eva Fuchslocher

- 151 Kapitel 10: Auswirkungen der Umstellung auf Bachelor/Master auf das freiwillige Engagement von Studierenden
Jörg Reschke, Karsten Wenzlaff
- 162 Kapitel 11: Auslandsaufenthalt im Bachelor
Joela Zeller
- 167 Kapitel 12: Den Übergang gestalten: Durchlässigkeit zwischen den Studienstufen herstellen
Julian Zado
- 181 Kapitel 13: Die soziale Lage der Studierenden im Wettbewerb
Jochen Dahm
- 189 Kapitel 14: Studieren mit Behinderung. Ein Alltag voll Barrieren oder: Wie die Hochschulen ihre Studierenden behindern
Julian Zado
- 196 Kapitel 15: Frauen in der Hochschule – Wo finden sich die alten und neuen gläsernen Decken?
Corinna Schwetasch, Mirjam Reiß
- 207 Kapitel 16: Promotion und Forschung unter den Bedingungen des Wettbewerbs
Andreas Schmidt
- 218 Kapitel 17: Nachhaltige Beeinflussung des Studiums durch die Wahl unterschiedlicher universitärer Bewertungssysteme
Patrick Hedfeld
- 227 AutorInnen

Einleitung

Bildung und insbesondere ein Hochschulstudium sind immer noch Garant für sozialen Aufstieg und gesellschaftliche Integration. Die Frage bleibt allerdings, wie wir dieses Privileg so vielen jungen Menschen wie möglich zugänglich machen können. Und noch viel wichtiger: Wie können wir unser Hochschulsystem so gestalten, dass die Studierenden das Beste aus ihrer Studienzeit machen können? Als Antwort auf diese Fragen hat die Monopolkommission, die dem Wirtschaftsministerium unterstellt ist, bereits im Jahr 2000 vorgeschlagen, das Hochschulsystem einer grundlegenden Reform zu unterziehen. In ihrem Sondergutachten »Wettbewerb als Leitbild für die Hochschulpolitik« gibt sie sehr detaillierte Anregungen, wie sich dieses Leitbild umsetzen lässt.¹ Zentral ist dabei die Forderung, eine Reform zu initiieren, deren Ziel die Verwirklichung von Wettbewerb in allen Bereichen des Hochschulsektors sein soll, um insbesondere der »Marktfähigkeit des Gutes *Ausbildung* Rechnung zu tragen.«² In dem von der Monopolkommission vorgeschlagenen Modell konkurrieren die Hochschulen untereinander um Studierende und qualifizierte Wissenschaftler und deren Forschungsleistungen. Dazu setzen sie Preise (Studiengebühren) und Qualität der Angebote (Studiengänge) ein.³

Schaut man sich die Entwicklung der deutschen Hochschullandschaft in den letzten zehn Jahren an, stellt man fest, dass sich das Prinzip des ökonomischen Wettbewerbs um das Privileg Hochschulstudium tatsächlich in immer mehr Bereichen des Hochschulsystems durchgesetzt hat. Deswegen war das Schlagwort »Hochschulen im Wettbewerb« aus Sicht des Redaktionsteams am Zutreffendsten, um die aktuellen Entwicklungen der Hochschulen und der Hochschulpolitik zusammenzufassen.

Hochschulpolitik ist ein Bereich, in dem es in den letzten Jahren viele sehr unterschiedliche Entwicklungen gab – von großen Reformen bis hin zu kleineren Anpassungen. Das zweifellos größte Projekt in diesem Zusam-

1 Monopolkommission, Wettbewerb als Leitbild für die Hochschulpolitik. Sondergutachten der Monopolkommission gemäß § 44 Abs. 1 Satz 4 GWB. Nomos-Verlag: Baden-Baden, 2000.

2 Ebd., S. 1.

3 Ebd., S. 10.

menhang ist der sogenannte Bologna-Prozess. Das 1999 begonnene europaweite Reformprojekt beabsichtigt, bis zum Jahr 2010 einen einheitlichen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Dieses hehre Ziel hat einen Veränderungsprozess des deutschen Hochschulwesens angestoßen, dessen Umfang und Intensität in der Geschichte einzigartig ist. Dementsprechend bedeutsam sind die Konsequenzen: Etablierte Studiengänge werden abgeschafft, Semesterzeiten geändert und nicht zuletzt führt dies zu einer grundsätzlichen Veränderung der Bedeutung des Studiums.

Angesichts der gewaltigen Dimension der Auswirkungen des Bologna-Prozesses scheinen andere Reformbewegungen zu verblassen. So wurden erstmals 2006 – wie von der Monopolkommission bereits 2000 gefordert – in mehreren Bundesländern Studiengebühren eingeführt, was starke Auswirkungen auf die Studierenden hatte. Einerseits können deshalb einige nicht (weiter)studieren und andererseits erhöht die Tatsache, dass das Studium nun Geld kostet, den Druck auf alle Studierenden. Allein dies macht deutlich, dass es mehr als fraglich ist, ob die von der Monopolkommission so sehr angepriesene Maßnahme zur Steigerung der Effizienz des Hochschulsystems sich auch tatsächlich als eine solche bewähren wird.

Ein anderes Beispiel für die Ökonomisierung der Universitäten ist der Versuch der Exzellenzinitiative, den Wettbewerb unter den Hochschulen anzuheizen, um so eine allgemeine Steigerung der Qualität der Forschung zu erzielen. Dies hat sich aber auch in erheblichem Maße auf das Studium an den neu gekürten »Leuchttürmen der Wissenschaft« ausgewirkt. Zum einen kann es passieren, dass durch den Mittelzuwachs die Studierenden mancherorts ihre hochgelobten ProfessorInnen gar nicht mehr zu Gesicht bekommen, da diese von Lehrverpflichtungen befreit werden. Zum anderen schafft es aber auch eine Konkurrenz zwischen den Hochschulabschlüssen, die es vorher in Deutschland in nur sehr geringem Maße gab. Wird es also zukünftig immer wichtiger, ob man seinen Hochschulabschluss an einer »Elite-Uni« gemacht hat? Diese Aspekte allein bieten schon viel explosiven Diskussionsstoff und weisen auf viele weitere Problembereiche hin.

Relativ schnell war dem Redaktionsteam dieses Bandes klar, dass wir alle diese Themen ansprechen wollen. Wir wollen nicht nur isoliert über die einzelnen Prozesse sprechen, sondern haben das Ziel, möglichst viele Aspekte miteinander zu verknüpfen, um eine Bewertung der aktuellen Hochschulreformen insgesamt und im Zusammenhang zu ermöglichen. Ziel ist es dabei, zu analysieren und zu bewerten inwiefern sich das Prinzip des Wettbewerbs tatsächlich als Leitbild der Hochschulpolitik durchgesetzt hat,

wie zur Jahrtausendwende von der Monopolkommission gefordert wurde.

Eins steht fest: Studieren hat sich in den letzten zehn Jahren drastisch geändert. Ein Hochschulstudium alleine reicht oft nicht aus. Von den Studierenden wird zudem gefordert, möglichst an einer der herausragenden Eliteuniversitäten zu studieren, ins Ausland zu gehen, viele Sprachen zu lernen und in den Semesterferien so viele Praktika wie möglich zu machen. Die grundlegende (Aus)Bildung an sich scheint also nicht das Wichtige zu sein, sondern vielmehr gehe es darum, *Investitionen* in die eigene Zukunft zu tätigen, das gesellschaftliche *Humankapital* zu steigern und dabei die *Opportunitätskosten* einfach zu akzeptieren.

Ob Wettbewerb der deutschen Hochschullandschaft aber gut tut, ist fraglich. Es ist sicher nicht pauschal zu beantworten und mag für jeden Bereich unterschiedlich sein. In diesem Sinne unternimmt diese Publikation den Versuch, die unterschiedlichen hochschulpolitischen Entwicklungen aufzugreifen, darzustellen und zu bewerten. Wir können dabei aus der Innenperspektive sprechen. Alle AutorInnen dieses Bandes sind entweder selbst noch Studierende oder haben erst vor kurzem ihren Abschluss gemacht. Als Teil der »Bildungs-Empfänger« haben wir die Veränderungsprozesse der letzten Jahre oft am eigenem Leib erfahren. Einige von uns können sich zu den letzten Magister- oder Diplomjahrgängen zählen, wohingegen andere den ersten Gruppen von Bachelor oder Masterstudiengängen angehören. Ziel war es, diese Erfahrungen zu nutzen, um die Herausforderungen des deutschen Hochschulsystems besser analysieren und bewerten zu können.

Entstanden ist dieser Band im Arbeitskreis Bildung der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung, in dem alle die zusammenkommen, die sich für jegliche Aspekte der Bildungspolitik interessieren. Aus diesem Grund könnte der Arbeitskreis heterogener nicht sein: Die aktiven StipendiatInnen haben zunächst ganz unterschiedliche Interessen innerhalb der Bildungspolitik. Von neuen pädagogischen Lern- und Lehransätzen bis hin zur aktuellen Forschungspolitik deckt der Arbeitskreis die ganze Spannweite des bildungspolitischen Diskurses ab. Weiterhin arbeiten auch ehemalige StipendiatInnen mit, die dementsprechend einen ganz anderen persönlichen Hintergrund haben. Während also die einen gerade ihr Abitur gemacht haben, stehen andere bereits mitten im Berufsleben. Auch die politische Einstellung ist durchaus unterschiedlich. Auf einem Arbeitskreistreffen entbrannte so zum Beispiel eine kontroverse und zum Teil hit-

zige Diskussion über das Konzept der Gemeinschaftsschule. Ein entsprechend ambitioniertes Projekt war es, als der Arbeitskreis auf eben diesem Treffen im Frühsommer 2007 beschloss, auch das Thema Hochschulpolitik intensiv bearbeiten zu wollen.

Wie bekommt man aber in einem Arbeitskreis wie dem oben beschriebenen die unterschiedlichen Positionen – im Sinne einer Bewertung – unter einen Hut? Unsere Lösung war, den Prozess der Erstellung dieses Bandes möglichst transparent zu gestalten. Die Aufforderung zur Beteiligung an der Publikation ging zunächst mehrfach über den Emailverteiler des Arbeitskreises, so dass jede und jeder die Möglichkeit hatte, mitzuschreiben. Die Resonanz war erstaunlich positiv. Fast für jeden Teilaspekt fand sich über die Liste ein Autor oder eine Autorin und nur in wenigen Fällen mussten AutorInnen gezielt vom Redaktionsteam angesprochen werden. Das Resultat ist auch im Sinne der politischen Bewertung der Situation ein heterogenes Buch. Die Artikel folgen keiner einheitlichen Sichtweise, sondern sind vielmehr subjektiv aus Sicht der AutorInnen geschrieben, die im Übrigen für ihre Artikel die volle inhaltliche Verantwortung tragen. Dementsprechend wurde auch auf eine abschließende Zusammenfassung und Festlegung verzichtet.

Dieser Band ist für all diejenigen gedacht, die sich für das Thema Hochschulpolitik interessieren, sich darüber informieren wollen und eine Bewertung des Themas nicht nur von »Experten« hören möchten, sondern sich ganz bewusst für die Meinung derjenigen interessieren, die am meisten von den Reformen und Veränderungen in der Hochschulpolitik betroffen sind – den Studierenden.

Zur Gliederung

Der erste Abschnitt dieses Bandes befasst sich mit der Geschichte unseres Hochschulsystems und versucht dabei, eine Bestandsaufnahme der derzeitigen Lage unserer Universitäten insgesamt zu geben. Dazu gibt Madeleine Sanchiño Martínez in Kapitel 1 eine Übersicht darüber, wie sich das deutsche Hochschulwesen von der Ordinarien- zur Wettbewerbshochschule wandelte. Dabei steht vor allem der Paradigmenwechsel von Humboldts humanistischem Bildungsideal und der Einheit von Forschung und Lehre hin zum ökonomischen Denken im Vordergrund. Das Prinzip des Wettbewerbs – als Teil unseres heutigen Hochschulsystems – wird von Christian

Haberecht in Kapitel 2 erörtert. Er sieht dabei insbesondere ein Spannungsverhältnis zwischen dem gegenwärtigen wettbewerblichen Umbau der Hochschulen und der internen Demokratisierung der Hochschulen. Wie bereits gesagt, kommt vor allem dem sogenannten »Bologna-Prozess« eine zentrale Rolle beim Wandel unseres Hochschulwesens zu. Jochen Dahm und Christian Berg geben in Kapitel 3 eine Übersicht über die Stationen und Ziele, Akteure und Strukturen des Bologna-Prozesses. Sie bewerten dabei auch die Umsetzung dieses Reformvorhabens in Deutschland. Hauptziel des Bologna-Prozesses ist die Harmonisierung des europäischen Hochschulraumes. Aber inwieweit ist es überhaupt möglich, extrem unterschiedliche Hochschulsysteme zu harmonisieren? Christian Förster geht genau dieser Frage in Kapitel 4 auf dem Grund. Er zeigt dabei, dass sich die Internationalisierung der Hochschulsysteme in einem Konvergenzstreben niederschlägt. Nichtsdestotrotz werden auf Grund von Pfadabhängigkeiten Strukturen bestehen bleiben, deren Überwindung sich als sehr schwierig herausstellen wird. Dirk Schmittchen analysiert in Kapitel 5 Deutschlands Position auf dem globalen Bildungsmarkt. Er geht dabei insbesondere der Frage nach, wie es zu erklären ist, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern weniger attraktiv für ausländische Studierende ist.

Im zweiten Abschnitt des Buches werden die verschiedenen Elemente des wettbewerblichen Umbaus beleuchtet. Zündstoff für breite Diskussionen und bundesweite Protestaktionen war insbesondere die Einführung von Studiengebühren in einigen Bundesländern. Florian Hillebrand untersucht in Kapitel 6, inwieweit sich die Finanzierung der Hochschulen gewandelt hat. Wichtige Veränderungen, die weitläufige Neuerungen des gesamten Hochschulwesens mit sich ziehen, sind dabei die sogenannten »Hochschulpakte« zwischen dem Bund und den Ländern, außerdem die Einführung der Studiengebühren und die Exzellenzinitiative. Letztere Bundesinitiative hat weitreichende Auswirkungen nicht nur auf die Forschung, sondern auch auf die Hochschulausbildung. Anja Neundorf beschreibt in Kapitel 7 die Bedenken vor der Herausbildung eines »Zwei-Klassen-Hochschulsystems« auf Grund der Exzellenzinitiative. Eine weitere wichtige Entwicklung unserer Hochschullandschaft ist die schrittweise Entmachtung der Zentralen Studienplatzvergabeinstelle (ZVS). Den Hochschulen kommt demzufolge mehr und mehr Freiraum bei der Auswahl ihrer Studierenden zu. In Kapitel 8 beschreibt Nadine Müller daher den dadurch entstehenden Wettbewerb um die besten Studierenden und die Funktion und Logik neuer Auswahlverfahren.

Der dritte Abschnitt der Publikation fasst einige Auswirkungen des Wettbewerbs zusammen. Eine zentrale Position nimmt dabei die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge auf Grund der Bologna-Reformen ein. Gleich in vier Kapiteln werden verschiedenen Aspekte dieser Umstellungen thematisiert. Eva Fuchslocher stellt in Kapitel 9 eine Umfrage zur Studierbarkeit des Bachelors an der Humboldt-Universität zu Berlin vor. Die Ergebnisse zeigen, dass es noch viele Probleme bei den neuen Studiengängen gibt. Vor allem die hohe Arbeitsbelastung wird sehr negativ bewertet. Dieser Aspekt ist auch Gegenstand der Diskussion um die Auswirkungen des Bachelorstudiums auf das freiwillige Engagement von Studierenden von Karsten Wenzlaff und Jörg Reschke in Kapitel 10. Ein Ziel des Bologna-Prozesses war die Internationalisierung der Studiengänge. Die Entwicklungen des Auslandsstudiums in Zeiten von Bachelore-Studiengängen wird von Joela Zeller in Kapitel 11 diskutiert. Ein wichtiger Aspekt bei der Umstellung der traditionellen Studiengänge (Diplom, Magister und Staatsexamen) hin zu den zweistufigen Abschlüssen ist die Frage des Übergangs zwischen Bachelor und Master. Julian Zado greift deshalb die Debatte der Durchlässigkeit zwischen den modularisierten Studiengängen in Kapitel 12 auf.

Eine weitere Auswirkung des Wettbewerbs betrifft die soziale Lage der Studierenden. Jochen Dahm untersucht in Kapitel 13 inwieweit und mit welchem Ergebnis die wirtschaftliche und soziale Situation der Studierenden derzeit Gegenstand eines föderalen oder hochschulischen Wettbewerbs ist. Seine Schlussfolgerung lautet, dass sie es nicht ist und auch nicht sein sollte, sondern Chancengleichheit nur über verbindliche übergreifende Rahmensetzung gewährleistet werden kann. Auch die Situation der Studierenden mit Behinderung wird in der derzeitigen Diskussion um unser Hochschulsystem oft unter den Tisch gekehrt. In Kapitel 14 beschreibt Julian Zado eindringlich die Situation dieser Studierenden. In diesem Band wird außerdem die Situation weiblicher Studierender und Promovierender innerhalb des Hochschulwesens mit besonderer Aufmerksamkeit bedacht. In Kapitel 15 analysieren Corinna Schwetasch und Mirjam Reiß die derzeitige Situation von Studentinnen, Doktorandinnen und weiblichen Hochschulangestellten. Andreas Schmidt diskutiert anschließend in Kapitel 16 die Situation der Promotionsstudierenden an deutschen Universitäten und vergleicht dabei auch das deutsche Promotionsverfahren mit den international so hochgelobten amerikanischen Graduate Schools. Im abschließenden Kapitel 17 geht Patrick Hedfeld auf die Auswirkungen der Ökonomi-

sierung des deutschen Hochschulsystems auf das Verhalten der Studierenden untereinander ein. Er diskutiert in seiner Analyse, wie sich die verschiedenen Bewertungssysteme der Universitäten auf das Gruppenverhalten von Studierenden auswirken. Er stellt fest, dass Solidarität dabei von immer größerem Konkurrenzverhalten abgelöst wird.

Wir bedanken uns bei der Abteilung Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Unterstützung und Förderung dieser Publikation, stellvertretend bei Ines Herr und Sonja Profitlich, die das Projekt seitens der FES betreut haben.

Wir danken allen Autorinnen und Autoren für ihre Mithilfe an dieser Publikation und wünschen bei der Lektüre viel Spaß und möglicherweise neue Erkenntnisse.

Anja Neundorf, Julian Zado, Joela Zeller

Kapitel 7

Auf die Plätze, fertig, los!

Der Wettbewerb um Elitetitel und Exzellenzgelder

ANJA NEUNDORF

Begriff der Elite bzw. der Exzellenz

Schlägt man den Begriff Elite im Duden nach, dann erfährt man, dass sich dahinter eine »Auslese der Besten« versteckt. Da sich dieses Ausleseprinzip nicht mit sozialdemokratischen Prinzipien verbinden lässt, haben die »Erfinder« einer Bundesinitiative (angestoßen von Altkanzler Gerhard Schröder), die die »Spitzenforschung« in Deutschland stärken (oder vielleicht auch erst kreieren) will, auf den Begriff verzichtet und das Vorhaben lieber *Exzellenzinitiative* genannt. Aber auch der Begriff Exzellenz rekurriert auf die Bedeutung besonders hoher Qualität. Wer sich also zur Exzellenz zählen darf, gehört dementsprechend einer »Auslese der Besten« an. Man kann die Bundesinitiative zur Förderung der Forschung also nennen wie man will, drinnen steckt eine Elitenförderung. Das Prinzip der Gleichheit, das jahrzehntelang unser Hochschulsystem geprägt hat, mit einer breiten Güte der Forschung, ohne besondere herausragende Spitzen, verabschiedet sich mit dieser Initiative.¹

Anlass der Exzellenzinitiative war das konstant enttäuschende Abschneiden deutscher Universitäten in international vergleichenden Forschungsrankings. Im anerkannten Shanghai-Ranking findet man die ersten deutschen Universitäten erst hinter den besten 50 Forschungseinrichtungen weltweit.² Ein bekanntes Problem für dieses schlechte Abschneiden ist, dass deutsche Forschungsstätten international anerkannten Wissenschaftlern kaum etwas zu bieten haben. Das Gehalt ist beispielsweise an den amerikanischen Topuniversitäten um ein Vielfaches höher und das bei geringerer Lehrverpflichtung.

Das wollte die Schröder-Regierung so nicht akzeptieren und sprach 2004 erstmals von der Schaffung einer deutschen »Super-Uni«, die über

1 Mehr zur geschichtlichen Entwicklung des deutschen Hochschulsystems im Beitrag von Madeleine Sanchiño Martínez in diesem Band.

2 Siehe dazu auch der Artikel von Dirk Schmittchen über Deutschlands Position auf dem globalen Bildungsmarkt in diesem Band.

wesentlich mehr Geld und Freiheiten verfügen soll als die normale deutsche Hochschule. Ursprünglich sollte eine Universität im Stile »Deutschland sucht die Super-Uni« auserkoren werden, das deutsche Harvard zu werden. Nach heftigen Protesten aus der Politik und den Universitäten selbst haben sich Bund und Länder im Sommer 2005 über eine gemeinsame Initiative, die die Spitzenforschung Deutschland fördern soll, geeinigt.

Was versteckt sich hinter der Exzellenzinitiative?

Der deutsche Wissenschaftsrat als einer der Entscheidungsträger fasst den Zweck der Initiative wie folgt zusammen: »Die Exzellenzinitiative zielt darauf ab, gleichermaßen Spitzenforschung und die Anhebung der Qualität des Hochschul- und Wissenschaftsstandortes Deutschland in der Breite zu fördern und damit den Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken, seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und Spitzen im Universitäts- und Wissenschaftsbereich sichtbar zu machen.«³ Das Bundesministerium für Bildung und Forschung ergänzt damit, dass durch diese »Förderung der universitären Spitzenforschung im Rahmen der Exzellenzinitiative Leuchttürme der Wissenschaft in Deutschland entstehen sollen, die auch international ausstrahlen.«⁴

In einem kompetitiven Verfahren, dessen Umfang die deutsche Hochschullandschaft zuvor nie gesehen hat, wurden insgesamt 1,9 Milliarden Euro verteilt, um diese Leuchttürme leuchten zu lassen. Dieses Geld wird vom Bund und den Ländern im Verhältnis 3:1 über einen Zeitraum von fünf Jahren bereit gestellt. Dabei wird der Landesanteil von dem Bundesland finanziert, in dem die Exzellenzeinrichtung beheimatet ist.

Die deutschen Universitäten waren im Sommer 2005 erstmals aufgefordert, Antragsskizzen für die Bewerbung um Graduiertenschulen, Exzellenzcluster und/oder ein Zukunftskonzept einzureichen. Diese Ausschreibung wurde an den deutschen Universitäten rege angenommen, und so wurden in den beiden Förderrunden der Exzellenzinitiative im Herbst 2006 und 2007 85 Projekte in 37 Hochschulen als »exzellente« bewertet. Ausgewählt wurden die Graduiertenschulen, Exzellenzcluster und Zukunftskonzepte von einer Gemeinsamen Kommission bestehend aus international renom-

3 Wissenschaftsrat. www.wissenschaftsrat.de/exini_start.html (Zugriff 11.6.2009).

4 Ministerium für Bildung und Forschung. www.bmbf.de/de/1321.php (Zugriff 11.6.2009).

mierten Wissenschaftlern der Fachkommissionen der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Strategiekommision des Wissenschaftsrates in zwei unabhängigen Runden. Unterlegene Kandidaten der ersten Runde waren explizit aufgefordert, sich in der zweiten Runde erneut um die Fördermittel zu bewerben. Abbildung 1 fasst die Förderentscheidungen für die beiden Runden 2006 und 2007 zusammen. Besonders die süddeutschen Universitäten waren in diesem konkurrenzbetonten Verfahren erfolgreich. So liegen sechs der insgesamt neun »Eliteuniversitäten« entweder in Bayern oder Baden-Württemberg.

Im Folgenden werden die drei Säulen der Exzellenzinitiative kurz beschrieben und es wird eine vorsichtige Bilanz nach etwa zwei bis drei Jahren Laufzeit gezogen.

Den insgesamt 39 *Graduiertenschulen* werden jährlich eine Million Euro zur Verfügung gestellt, um jungen Nachwuchswissenschaftlern in strukturierten Promotionsprogrammen ein lebendiges, international ausgerichtetes Forschungsumfeld zu bieten. Ziel ist dabei, die Promotion an deutschen Universitäten auf internationale Standards anzuheben. In der Regel handelt es sich dabei um verschultere Programme, in denen die Doktoranden im ersten Jahr Kurse besuchen, in denen sie auch Leistungsprüfungen ablegen müssen. Zudem wird die Betreuung der Promovierenden in diesen Graduiertenschulen für besser als im normalen Dissertationsverfahren eingeschätzt. In der Regel wird dort eine Mehrfachbetreuung angeboten. Der Doktorand hat somit die Möglichkeit, sich gleich mit mehreren Professoren über das eigene Forschungsprojekt auszutauschen.

Die Doktoranden bekommen in der Regel im ersten Jahr ihrer Promotion ein Stipendium, das von den Fördergeldern finanziert wird. Es bleibt jedoch unklar, wie sich der wissenschaftliche Nachwuchs im zweiten und dritten Jahr dieses Programms finanziert. Es wird wohl nötig sein, Lehraufträge anzunehmen oder in Forschungsprojekten mitzuarbeiten, was allerdings zur Verlängerung der Promotionsdauer führen kann. Ein Bericht, der die Entwicklungen der durch die Exzellenzinitiative angestoßenen Reformen begutachtet, hat im November 2008 festgestellt, dass lediglich etwa 20 Prozent der Promovierenden in den Graduiertenschulen gemäß den Planungen direkt aus den Mitteln der Exzellenzinitiative finanziert werden.⁵ Es bleibt

5 Bericht der Gemeinsamen Kommission zur Exzellenzinitiative an die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz. www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/GWK-Bericht-Exzellenzinitiative.pdf (Zugriff 10.6.2009).

abzuwarten, ob damit die geforderten »hervorragenden Rahmenbedingungen« in diesen Graduiertenschulen gewährleistet werden können.

Abbildung 1: Förderentscheidungen der Exzellenzinitiative⁶



Erfolgreich waren die Graduiertenschulen bislang bei der Rekrutierung ausländischer DoktorandInnen, die immerhin einen Anteil von 28 Prozent der Promovierenden an den durch die Exzellenzinitiative geförderten Promotionsprogrammen ausmachen.⁷ Der deutsche Durchschnitt liegt bei lediglich

⁶ Karte zur Exzellenzinitiative in Deutschland, Quelle: Wikipedia, http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Karte_zur_Exzellenzinitiative_in_Deutschland.png, Autor: Lencer

⁷ Institut für Forschungsinformationen und Qualitätssicherungen, Monitoring der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder. Bericht zur Implementierungsphase.

13 Prozent.⁸ Somit lässt sich nach etwa zwei Jahren Laufzeit der Programme feststellen, dass sich die Exzellenzinitiative tatsächlich positiv auf die internationale Sichtbarkeit und Attraktivität der jeweiligen Universität ausgewirkt hat.

In den 37 geförderten »Exzellenzclustern« sollen an den Universitäten »international sichtbare und konkurrenzfähige Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen etabliert werden, die mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Fachhochschulen und der Wirtschaft kooperieren«.⁹ Jährlich sollen diese Forschungscluster mit ungefähr 6,5 Millionen Euro gefördert werden. In diesen Forschungszentren sollen hervorragende Wissenschaftler aus der Hochschule, aber auch aus außeruniversitären Forschungseinrichtungen aus einem bestimmten Bereich zusammengebracht werden, die sich gegenseitig in der Forschung ergänzen. Erstaunlich ist dabei, dass als Ziel dieser Exzellenzcluster festgeschrieben wurde, dass der Forschungsgegenstand eine gesellschaftliche oder wirtschaftliche Relevanz aufweisen soll.¹⁰ Insgesamt fällt die Evaluation zwei Jahre nach Verkündung der ersten Gewinner dieser Förderrichtlinie im November 2008 sehr positiv aus. Der Bericht der Gemeinsamen Kommission stellt fest, »schon jetzt zeigen die zahlreichen Kooperationen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen, dass die Exzellenzinitiative erheblich zur besseren Vernetzung der Wissenschaftslandschaft beiträgt«.¹¹

Die dritte Förderlinie hat in den Medien am meisten Widerhall erhalten. Universitäten, die sich erfolgreich um mindestens eine Graduiertenschule und ein Exzellenzcluster beworben haben, können zusätzlich für ein Zukunftskonzept gefördert werden. Diese Förderrichtlinie zielt auf zwei zentrale Problembereiche der Universitäten: Zum einen sollen Steuerungsmängel des bisherigen Systems universitärer Selbstverwaltung behoben, zum

Anlage des Berichts der Gemeinsamen Kommission zur Exzellenzinitiative an die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz. Bonn, 11/2008.

8 Vgl. Statistisches Bundesamt, Bildung und Kultur – Prüfungen an Hochschulen. Fachserie 11, Reihe 4.2, 2007. Tabelle 5.

9 Ministerium für Bildung und Forschung. www.bmbf.de (Zugriff 11.6.2009).

10 Bund-Länder-Vereinbarung gemäß Artikel 91 b des Grundgesetzes (Forschungsförderung) über die Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen. Exzellenzvereinbarung vom 18.07.05. BAnz S. 13347. S. 6.

11 Bericht der Gemeinsamen Kommission zur Exzellenzinitiative an die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz, S. 6.

anderen bessere Rahmenbedingungen für universitäre Spitzenforschung und neuartige Forschungsfreiräume geschaffen werden.¹²

Die drei erfolgreichen Bewerber der ersten Runde der Exzellenzinitiative 2006 waren die Technische Universität Karlsruhe für die Gründung des Karlsruhe Institute of Technology (angelehnt an das Massachusetts Institute of Technology)¹³, die Ludwig-Maximilians-Universität München für das Konzept LMUexcellent: Working brains – Networking minds – Living knowledge und die Technische Universität München für TUM. The Entrepreneurial University.¹⁴ Zu diesen drei erfolgreichen Bewerbern kamen im Oktober 2007 sechs weitere Universitäten, die sich nun als die »Leuchttürme der deutschen Wissenschaft« bezeichnen können.¹⁵ Diese wie die Medien oft sagen »Eliteuniversitäten« können mit zusätzlich bis zu 21 Millionen Euro jährlich bis 2011 rechnen. Mit diesem Geld soll das Forschungsprofil dieser Universitäten weiter gestärkt werden. Zieht man jedoch in Betracht, dass Harvard 2007 einen Jahreshaushalt von über 3 Milliarden Dollar hatte, dann erscheint die Fördersumme eher lächerlich.¹⁶ Es wird also schwierig werden, mit Hilfe dieser finanziellen Spritze die Spitzenforschung an einzelnen Universitäten in Deutschland auf international wettbewerbsfähiges Niveau zu fördern.

Nichtsdestotrotz werden insbesondere die Entwicklungen, die mit der Konzeption der Zukunftskonzepte verbunden sind, als besonders positiv bewertet. »Der mit der 3. Förderlinie verbundene offene Ideenwettbewerb erzeugte offensichtlich eine Dynamik innerhalb der Universitäten, die die Erwartungen aller Beteiligten übertraf. Allein durch die Ausschreibung der Exzellenzinitiative wurde ein positiver Effekt erzielt; eine Umfrage unter allen am Auswahlverfahren der »Zukunftskonzepte« beteiligten Universitätsleitungen ergab, dass nahezu alle (96 Prozent) positive Effekte für ihre strategische Planung durch die Beteiligung am Wettbewerb festgestellt

12 Ebd., S. 49.

13 Dabei fusionieren beispielsweise die Universität und das Forschungszentrum Karlsruhe, das zur Helmholtz-Gemeinschaft gehört. Damit werden traditionelle Strukturen der deutschen Forschungslandschaft aufgebrochen und außeruniversitäre Forschung wird künftig wieder in die Hochschulen eingegliedert.

14 Ministerium für Bildung und Forschung. www.bmbf.de (Zugriff 11.6.2009).

15 Siehe beispielsweise das Konzept »The International Network University« der Freien Universität Berlin. www.fu-berlin.de/sites/en/inu/ (Zugriff 11.6.2009).

16 Homepage der Harvard University. www.news.harvard.edu/glance/ (Zugriff 11.6.2009).

haben.«¹⁷ Zudem berichten die Universitäten über eine erhöhte Identifikation der Mitglieder mit der ganzen Universität (Corporate Identity) und eine Steigerung der Arbeitsmotivation insgesamt.

Als weiterer positiver Effekt der Exzellenzinitiative wird die größere Internationalisierung der ausgezeichneten Universitäten gesehen, die mit Orientierungs- und Betreuungsprogrammen für Ausländerinnen und Ausländer, Mobilitätsprogrammen, verstärkter Rekrutierung ausländischer Studierender, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und der Organisation von Summer Schools auch im Ausland verstärkt auf sich aufmerksam machen wollen.¹⁸

Die internationale Wahrnehmung von Forschungseinrichtungen fängt auch immer damit an, inwieweit es die Universitäten schaffen, sich zu verkaufen. Mit der Exzellenzinitiative wird dies den Marketing-Abteilungen der siegreichen Universitäten leichter fallen. Der Imagegewinn durch den Elitetitel kann allerdings auch negativ wirken, da Forschungspersonal abgeworben wird. Die Münchener Universitäten haben nun das Problem, ihre Spitzenforscher auch zu halten, da sie seit der Verleihung des Exzellenzstatus ihrer Wissenschaftler so begehrt sind wie nie zuvor.¹⁹

Ein Problem, Professoren zu halten, ergibt sich dabei aber nicht nur für die Universitätsleitung. Die Studierenden profitieren zwar von dem eventuellen Prestigegewinn auf dem Arbeitsmarkt, an einer »Eliteuni« ihren Abschluss gemacht zu haben. Dem ist allerdings entgegenzusetzen, dass es gut möglich ist, dass die Studierenden ihre hochgelobten Professoren gar nicht während ihrer Ausbildung zu Gesicht bekommen werden. Eine Konsequenz aus der Erlangung des Elitestatus für die Münchner Studierenden ist beispielsweise, dass sie ihre hochangesehenen Professoren die nächsten fünf Jahre nicht zu Gesicht bekommen. Die beiden Münchener Hochschulen benutzen das Exzellenzgeld, um ihre besten Wissenschaftler von der lästigen Lehre frei zu stellen, damit diese sich ganz der prestigeträchtigen Forschung widmen können.

17 Bericht der Gemeinsamen Kommission zur Exzellenzinitiative an die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz, S. 49.

18 Ebd. S. 56.

19 Wolfgang Zehentmeier, Mirjam Piniek, Georgia Tscharke, Elite-Unis müssen um Professoren kämpfen. Bayerischer Rundfunk-online. www.br-online.de/wissen-bildung/thema/elite-unis/index.xml (Zugriff 14.8. 2007).

Einschätzung und Auswirkungen der Exzellenzinitiative

In diesem Wettbewerb wurden deutsche Universitäten erstmals dazu aufgerufen, Innovationen und Ideen freien Lauf zu lassen und ihr kreatives Potenzial voll auszuschöpfen. Die Unis wurden als Ganzes betrachtet, um Stärken und Schwächen zu analysieren.²⁰ Dieser Prozess kann auch langfristig helfen, eingerostete und veraltete Strukturen an den Hochschulen zu durchbrechen und aufzupolieren.

Politik und Forschungsverbände überschlagen sich nicht überraschend mit Lob für die Exzellenzinitiative. So schreibt das BMBF stolz auf der eigenen Homepage, dass das Förderprogramm »an den deutschen Universitäten eine große struktur- und profilbildende Wirkung entfaltet hat«. Zudem kann man hier lesen, dass »die Exzellenzinitiative (...) an den Hochschulen zu einer Aufbruchsstimmung geführt und eine Dynamik in Gang gesetzt hat, die alle Erwartungen übertrifft.« Das BMBF kommt dann auch zu dem Schluss, dass durch die Initiative »erhebliche Veränderungen in der deutschen Hochschullandschaft bewirkt wurden: Differenzierung und Profilbildung der Hochschullandschaft wurden vorangebracht.«²¹

Der Bericht der Gemeinsamen Kommission zur Evaluation der Exzellenzinitiative beobachtet, dass der Forschungswettbewerb »zu einer bislang einzigartigen Bewegung im Wissenschafts- und insbesondere Hochschulsystem in Deutschland geführt hat. Es ist ein Ruck durch die Universitäten gegangen, der zu einer neuen Qualität der Struktur- und Entwicklungsplanung in einem umfassenden Sinne geführt hat.«²²

Diese strukturellen Veränderungen sind vor allem durch einen Autonomiezuwachs der Universitäten sowie eine stärkere Differenzierung der Hochschullandschaft zu beobachten. Die Gemeinsame Kommission stellt daher auch fest: »Mit der Exzellenzinitiative werden nicht nur bestehende Unterschiede zwischen den Universitäten sichtbar gemacht, sondern diese Unterschiede werden durch die zusätzliche Förderung von Spitzenforschung ausdrücklich angestrebt.«²³

20 Martin Spiewak (2005).

21 Ministerium für Bildung und Forschung. www.bmbf.de/de/1321.php (Zugriff 11.6.2009).

22 Bericht der Gemeinsamen Kommission zur Exzellenzinitiative an die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz, S. 59.

23 Ebd., S. 60.

Trotzdem sind die Verantwortlichen bei ihrer Einschätzung des Programms auch vorsichtig. So merkt der Bericht der Gemeinsamen Kommission dann auch kritisch an, dass »die Exzellenzinitiative sowohl im europäischen Ausland wie auch in den USA lediglich als ein erster Schritt in die richtige Richtung gewertet werden kann: Das Ziel, den Anschluss an die Weltspitze zu schaffen, könne nur erreicht werden, wenn weitere Maßnahmen folgten.«²⁴

Ein Grund für diese verhaltene Einschätzung liegt unter anderem auch in diversen Problemen bei der Umsetzung der Exzellenzinitiative. Erstens scheint die Rekrutierung von renommierten Wissenschaftlern schwieriger als anfänglich gehofft. Auch wenn es strukturell bestimmt einige Fortschritte im deutschen Hochschulsystem ausgelöst durch den Forschungswettbewerb gab, bleiben leider immer noch einige Strukturschwächen, die das Aufrücken in die internationale Spitzenforschung schwierig machen. Ein großes Problem ist dabei die wenig wettbewerbsfähige Bezahlung an deutschen Universitäten. Sie können bei den viel zu lang dauernden Berufungsverfahren nur unzureichende finanzielle Anreize bieten, die nur teilweise durch die Exzellenzinitiative kompensiert werden können durch eine großzügigere Ausstattung mit Personal und Sachmitteln. Ein weiteres Problem ist die häufig hohe Lehrbelastung. Viele Universitäten hoffen deshalb auf politische Lösungen, die flexible Zuweisung des Lehrdeputats möglich machen. Dies trifft insbesondere auch auf die Situation der Nachwuchswissenschaftler zu.

Ein praktisches Problem stellt die Bereitstellung von Infrastruktur dar. Räume, Labors oder technische Ressourcen sind zentrale Voraussetzung für erfolgreiches Forschen. Neubauten, um die durch die Exzellenzinitiative geförderten Projekte umsetzen zu können, werden viel Zeit benötigen und viele neue und dringend benötigte Labors werden eventuell erst zum Ende der Förderung fertig sein.²⁵

Auch wenn die allgemeine erste Bilanz überwiegend positiv ausfallen mag, gibt es trotzdem Auswirkungen der Exzellenzinitiative, die durchaus kritisch gesehen werden müssen. Die nächsten Abschnitte beleuchten deshalb weitere Kritikpunkte, die in der öffentlichen Diskussion immer wieder zu finden sind. Als erstes soll die oben schon so positiv bewertete »Differenzierung« näher betrachtet werden.

24 Ebd., S. 65.

25 Ebd., S. 69.

Die Zweiteilung des deutschen Hochschulsystems

Werden die einen Universitäten als »Leuchttürme« hervorgehoben, um ihre besonders exzellente Stellung zu beschreiben, dann heißt das auch, dass andere Bildungseinrichtungen weniger leuchten und deshalb qualitativ in der Forschung unterlegen sind. In einem ZEIT-Artikel warnt Martin Spiewak bereits vor der Bekanntgabe der Ergebnisse der ersten Runde, dass der »Wettstreit das auf Gleichheit beruhende Universitätssystem endgültig zerschlagen wird.«²⁶ Auch der ehemalige DFG-Präsident Ernst-Ludwig Winnacker, der noch an der ersten Runde der Exzellenzinitiative beteiligt war, stellte fest, dass die bereits bestehenden Qualitätsunterschiede zwischen Universitäten durch die Exzellenzinitiative weiter wachsen würden. Winnacker resümiert, dass es neben »reinen Forschungsuniversitäten, die sich auch in der Ausbildung an den Anforderungen moderner wissenschaftlicher Forschung ausrichten, auch solche geben wird, die dies nur ansatzweise und in einzelnen Fächern versuchen, solche, die diesen Anspruch erst gar nicht anstreben, und solche, die ihre Stärke eher in der Praxisorientierung suchen.«²⁷

Michael Hartmann, Soziologe an der TU Darmstadt, sieht diese dauerhafte Aufspaltung in zwei Typen von Universitäten, Forschungs- und Ausbildungsuniversitäten, sehr kritisch.²⁸ Er zieht dabei den treffenden Vergleich mit der Bundesliga. Die Leuchttürme der Wissenschaft spielen demnach in der ersten Liga, während sich der große, breite Rest auf die unteren Ligen aufteilt. Welche Auswirkungen dies auf die Ausbildung der Breite der Studierenden hat, ist fraglich. Dabei ist die Umstellung auf Bachelor und Master nur fördernd für diesen Prozess. So werden die Eliteunis bestimmt bald den Anspruch anmelden, ihre Ausbildung vor allem in den Masterbereich zu legen und die lästige Bachelor-Ausbildung den Zweitligisten zu überlassen.²⁹

Bedeutet dies für das zukünftige deutsche Hochschulsystem, dass wir ein paar leuchtende und schillernde Universitäten haben, die eventuell noch Ansprüche geltend machen werden, sich ganz der doch so exzellenten For-

26 Martin Spiewak, Auf die Spitze getrieben. ZEIT, 17.11.2005.

27 Ernst-Ludwig Winnacker, Im Wettbewerb um neues Wissen: Exzellenz zählt. In: Forschung. Das Magazin der Deutschen Forschungsgemeinschaft, 2006, 2, V–XI. S. V.

28 Michael Hartmann, Die Exzellenzinitiative – ein Paradigmenwechsel in der deutschen Hochschulpolitik. In: Leviathan, 2006, 4, 447–465.

29 Ebd., S. 449.

schung zu widmen und demnach weniger, dafür aber um so delikater Studierende auszubilden, und Lehruniversitäten, an der der gemeine Student kaum noch Forschung zum Anfassen erleben kann?³⁰

Richard Münch, Bamberger Eliteforscher, warnt deshalb in einem Spiegel-Interview, dass Universitäten, die nicht in der Exzellenzinitiative berücksichtigt wurden, »in einer akademischen Zwei-Klassen-Gesellschaft zunehmend an den Rand gedrängt und zu reinen Lehranstalten degradiert werden. In der Folge werden künftig Forschung und Lehre sogar räumlich getrennt, eine weitere Abkehr vom Ideal der Einheit von Forschung und Lehre.«³¹ Münch resümiert in seiner Studie zur akademischen Elite, dass »mit der Trennung von Forschung und Lehre der Nährboden der zukünftigen Forschung ausgetrocknet wird, der nur dann gerettet werden kann, wenn Forschung und Lehre an den Universitäten wieder stärker integriert werden.«³²

Das Problem ist bei der Exzellenzinitiative und bei der befürchteten Zerteilung unserer Hochschullandschaft, dass die bereits über Jahre entstandenen Pfadabhängigkeiten sich durch die Exzellenzinitiative noch vertiefen werden. Münch zeigt in seiner Studie, dass es in Deutschland einige »räumliche und fachliche« Monopole gibt, die vor allem von einem »Regime der Drittmittel«, die von der DFG vergeben werden, bestimmt und gestärkt werden.³³ Er kritisiert heftig, dass es sich dabei nicht immer um »exzellente Forschung« handelt, vielmehr setzen sich bei DFG-Entscheidungen wie auch bei der Exzellenzinitiative vor allem mächtige, gut vernetzte und ganz einfach große Universitäten durch. Münch kann in seiner Studie beispielsweise zeigen, dass eingeworbene Drittmittel und die Zahl wissenschaftlicher Publikationen nicht immer zusammenhängen. Es müsse vor allem auch der Faktor Personal einbezogen werden, da beispielsweise kleinere Fakultäten oft einen höheren Publikations-Output pro Wissenschaftler ausweisen.

30 Es ist nicht auszuschließen, dass diese Eliteunis ihre Studierenden durch »härtere« Auswahlverfahren auswählen und z. B. Bewerbungsgespräche durchführen. Wie bereits im Beitrag von Nadine Müller ausgeführt, kann es dabei zu einer erheblichen sozialen Verzerrung kommen, da Akademikerkinder mit den »Spielregeln« solcher Interviewsituation besser vertraut sind als beispielsweise Arbeiterkinder.

31 Jan Friedmann, Der Elite-Wettbewerb schwächt die Hochschulen. Spiegel Online. www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,512066,00.html (Zugriff 19.10.2007).

32 Richard Münch, Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2007. S. 387.

33 Richard Münch (2007).

Die Auswahl der geförderten Universitäten: Matthäus meets Proporz

Ein Wort durchzieht viele Artikel und Bücher, die zu dem Thema Exzellenzinitiative geschrieben wurden: es herrsche das Matthäusprinzip:³⁴ »Denn wer da hat, dem wird gegeben werden, dass er Fülle habe; wer aber nicht hat, von dem wird auch genommen, was er hat.«³⁵ Hartmann kritisiert dabei beispielsweise, dass eigentlich gar kein wirklicher Wettbewerb stattfinden konnte, da auf Grund der unterschiedlichen Finanzstärke der Bundesländer die Universitäten ungleiche Ausgangslagen hatten.³⁶ In der ersten Runde wurde die Entscheidung der Gemeinsamen Kommission aus DFG und Wissenschaftsrat dementsprechend dafür kritisiert, nur die bereits sehr starken Universitäten beglückt zu haben. Es schien beinahe so, als hätten sie alles falsch gemacht. Der Süden hatte zu viel abbekommen (die drei Leuchttürme standen nun alle im Süden der Republik). Medienberichten zufolge soll es sogar aufgebrachte Landesfürsten gegeben haben, die sich beschwerten, dass ihre Landesuniversitäten nichts vom Kuchen abbekamen.³⁷

Ein weiterer Kritikpunkt an der Auswahl der Sieger der ersten Runde ist, dass die Geistes- und Sozialwissenschaften nicht ausreichend bedacht wurden. Hier wird als Grund oft das Problem des Auswahlkriteriums Drittmittel angeführt.³⁸ Forschungsprojekte in den Geistes- und Sozialwissenschaften sind meist von viel geringerem finanziellem Umfang als in den Natur- und Ingenieurwissenschaften. Ein weiteres Problem dieser Wissenschaften ist die besonders geförderte Interdisziplinarität, die in den Naturwissenschaften gang und gäbe, in den Geistes- und Sozialwissenschaften jedoch eher selten ist. Zudem lassen sich Forschungsbereiche in den Natur- und Ingenieurwissenschaften viel leichter mit der geforderten »wirtschaftlichen Verwertbarkeit« verbinden.³⁹

In der zweiten Runde war das Ergebnis dann doch etwas ausgeglichener. Diesmal befand die Gemeinsame Kommission, dass es sechs Hochschulen

34 Siehe beispielsweise: Michael Hartmann (2006).

35 Matthäusevangelium 25,29 (Luther-Übersetzung).

36 Michael Hartmann (2006).

37 Ulrich Schabel und Martin Spiewak, Die Topografie der Exzellenz. DIE ZEIT, 19.10.06.

38 Michael Hartmann (2006).

39 Siehe dazu die Anlage zur »Voraussetzung der gemeinsamen Förderung« in der Exzellenzvereinbarung vom 18. Juli 2005 zwischen Bund und Ländern. Darin wird als Voraussetzung für die Exzellenzcluster gefordert »die Qualität des Wissenstransfers und ggf. die wirtschaftliche Relevanz«.

gab, die Voraussetzungen zur Eliteuniversität haben. Diese verteilten sich dann auch glücklicherweise etwas besser über die Republik. So wurde der Westen mit der Technischen Hochschule Aachen ausgezeichnet, der Norden bekam seinen Leuchtturm in Göttingen, und im Osten leuchtet von nun an die Freie Universität Berlin. Der Süden (oder besser gesagt Baden-Württemberg) bekam noch drei weitere Eliteuniversitäten dazu (die Universitäten in Freiburg, Heidelberg und Konstanz). Da in der zweiten Runde mehr Zukunftskonzepte ausgewählt wurden als im ersten Durchgang, war dann auch die Fördersumme pro Universität etwas geringer als erwartet. Die neu ernannten Leuchttürme müssen sich nun mit 7 bis 13 Millionen Euro jährlich extra zufrieden geben. Die drei Sieger der ersten Runde sollen sich nun sogar mit weniger Fördermittel zufrieden geben als ursprünglich zugesagt. DFG-Präsident Matthias Kleiner verteidigt diese Entscheidung gegenüber der Süddeutschen Zeitung nach der Bekanntgabe der Sieger der zweiten Runde damit, dass die Bewilligungssummen in allen Förderlinien um 15 Prozent gekürzt wurden, um mehr Anträge bewilligen zu können.⁴⁰ Wenigstens wurde somit der Proporz gewahrt und wieder einmal mehr bewiesen, dass man am Föderalismus in der deutschen Hochschulpolitik nicht vorbeikommt. Auch die Fächerverteilung der Graduiertenschulen und Exzellenzcluster scheint in der zweiten Runde ausgeglichener als noch in der ersten Runde.

Fraglich bleibt jetzt nur, warum wir ein Problem mit der Spitzenforschung hatten, wenn jetzt plötzlich so viele hervorragende Anträge im Wettbewerb standen, dass sogar mehr Projektvorschläge gefördert werden, als ursprünglich gedacht. Das Bild der Gießkanne kommt einem dann doch schnell in den Sinn.

Jan-Martin Wiarda fragte in seinem ZEIT-Artikel, ob die hohe Anzahl von neuen ausgezeichneten Zukunftskonzepten tatsächlich die Qualität widerspiegelt oder ob doch nur der Proporz und der mangelnde Mut der Verantwortlichen, sich den Enttäuschten zu widersetzen, gesiegt hätten. Bayerns Wissenschaftsminister Thomas Goppel fasst dann auch treffend zusammen, dass es »letztes Jahr (erste Runde: 2006) eine wissenschaftliche Entscheidung, in diesem Jahr (zweite Runde: 2007) eine politische war«.⁴¹ Man darf gespannt sein, was entscheidend sein wird bei einer Neuauflage des Forschungswettbewerbs.

40 Birgit Taffertshofer, Überraschend viele Hochschulen ausgezeichnet. Süddeutsche Zeitung, 19.10.2007.

41 Jan-Martin Wiarda, Der Proporz hat gesiegt. DIE ZEIT, 19.10.2007.

Zukunftskonzepte ohne Zukunft?

Ein Blick in die Zukunft der Exzellenzinitiative

Es bleibt jedoch fraglich, ob die Anstrengungen an den Universitäten in den drei Förderlinien Bestand haben. Die Exzellenzinitiative sieht lediglich vor, die ausgewählten Projekte und Universitäten bis 2011 mit zusätzlichem Geld zu fördern. Die Förderung erfolgt projektbezogen und befristet. Eine Klärung der Weiterförderung der Projekte ist für die Langfristplanung der Universität deshalb wichtig und dringend. Zudem sind wissenschaftliche Erträge erst nach einer mehrjährigen Anlaufphase zu erwarten. Die Gemeinsame Kommission hat sich deshalb schon im November 2008 dafür ausgesprochen, »die Exzellenzinitiative über das Jahr 2012 hinaus fortzuführen und weiterzuentwickeln«. ⁴²

Am 4. Juni 2009 haben dann auch der Bund und die Länder beschlossen, den Empfehlungen der Gemeinsamen Kommission zu folgen und eine weitere Runde im Forschungswettbewerb einzuläuten. Dazu soll das Konzept der drei Förderlinien grundsätzlich beibehalten werden. Es soll zudem ein fairer Wettbewerb zwischen Fortsetzungs- und Neuanträgen umgesetzt werden. Änderungen, die in eine erneute Ausschreibung des Wettbewerbs im Sommer 2010 mit aufgenommen werden, umfassen unter anderem die Einführung eines flexibleren Finanzierungsrahmens in allen Förderlinien (beispielsweise Graduiertenschulen: 1 bis 2,5 Millionen € pro Jahr). Zudem sollen die Gesamtmittel für die Jahre 2012 bis 2016 um ca. 30 Prozent erhöht werden.

Insgesamt sind dies sehr positive Aussichten für die angestoßenen Reformbemühungen innerhalb des Hochschulsystems. Damit wurde der wettbewerbliche Anreiz geschaffen, dass angekündigte Zukunftskonzepte und Projekte auch erfolgreich umgesetzt werden. Denn dies würde mit einer Weiterfinanzierung belohnt werden. Dies ist sicherlich auch notwendig, da die Früchte der Forschungsinitiative bis jetzt noch nicht sichtbar sind. Schaut man in das oft zitierte Shanghai-Ranking, dann stellt man erstaunt fest, dass die LMU München, die stets als beste deutsche Universität im Ranking zu finden ist, in den letzten fünf Jahren sieben Plätze verloren hat. War die Hochschule vor der Exzellenzinitiative 2003 noch auf Platz 48, steht sie 2008 nur noch auf Platz 55. Sicherlich ist dieser kleine Unterschied nicht gravierend, doch es ist trotzdem erstaunlich, dass es in »Zeiten der

42 Bericht der Gemeinsamen Kommission zur Exzellenzinitiative an die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz, S. 6.

Exzellenzinitiative« für die deutschen Universitäten international gesehen nach unten ging und nicht, wie gehofft, nach oben.

Diskussion

Unser Hochschulsystem beruht auf dem Egalitätsprinzip. Von Flensburg bis Konstanz hat jeder Professor das gleiche Gehalt, die gleichen Lehrverantwortungen, die gleiche Anzahl von Studierenden.⁴³ In komplizierten Formeln wird ausgerechnet, wie viele Studierende jeder Studiengang aufnehmen muss. Nichtsdestotrotz fand man bereits seit Jahren immer wieder die gleichen Einrichtungen in Rankings um die meisten eingeworbenen Forschungsgelder, die meisten Publikationen oder die meisten ausländischen Gastwissenschaftler. Diese Universitäten sind dann auch erwartungsgemäß die Sieger dieser Forschungsinitiative. Wer bereits hat, wird gestärkt. Den anderen wird genommen. Hier ist es wieder, das Matthäusprinzip.

Münch resümiert in seiner Studie, dass wissenschaftliche Monopole und Leuchttürme langfristig die wissenschaftliche Vielfalt und Kreativität mindern werden. Somit wird also nicht durch einen vermeintlichen Wettbewerb Forschung gefördert, sondern es werden lediglich bereits bestehende Strukturen gestärkt, die langfristig eher zu einer Verschlechterung als zu einer Steigerung der Anerkennung der deutschen Forschung im internationalen Vergleich führen werden.⁴⁴

Ein weiterer zentraler Punkt, um die Spitzenforschung in Deutschland tatsächlich langfristig zu fördern und zu stärken, ist eine Neubewertung des Stellenwertes der Lehre. Auch wenn die Exzellenzinitiative ein Programm ist, das gezielt zur Förderung von Spitzenforschung und Nachwuchsförderung entwickelt wurde, nicht aber zur Förderung der grundständigen Lehre, ist es doch absolut nachliegend, dass eine langfristige exzellente Forschungsbildung bereits in einem exzellentem Studium beginnt! Eine wichtige Forderung der Gemeinsamen Kommission ist deshalb auch: »Da internationale Spitzenuniversitäten sich gleichermaßen durch exzellente Forschung wie hervorragende Lehre auszeichnen, läge es nahe, bei einer Fortführung der Exzellenzinitiative auch institutionelle Konzepte zur Steigerung der

43 Martin Spiewak (2005).

44 Richard Münch (2007).

Qualität in der Lehre zu berücksichtigen«. ⁴⁵

Viele haben deshalb eine »Exzellenzinitiative Lehre« gefordert. Dafür gab es dann auch Ende 2007/Anfang 2008 Verhandlungen zwischen Ländern und Hochschulrektorenkonferenz, die bis jetzt keinen sichtbaren Erfolg gebracht haben. Jan-Martin Wiarda bemerkt dazu dann in seinem ZEIT-Artikel, »für den Exzellenzwettbewerb in der Forschung haben Bund und Länder insgesamt 1,9 Milliarden Euro lockergemacht. Bei der noch offenen Kofinanzierung des Pendant für die Lehre durch die Länder geht es hingegen um ganze fünf Millionen Euro – weniger als 0,3 Prozent der Summe. Die Weigerung der Minister, viel Geld für eine Exzellenzinitiative für die Lehre in die Hand zu nehmen, ist offensichtlich.« ⁴⁶ Dabei geht es beim Thema Lehre gar nicht um viel Geld, sondern eher um eine symbolische Aufwertung. Berlins Wissenschaftssenator Jürgen Zöllner: »Bei der Exzellenzinitiative zur Lehre geht es um die dringend nötige Anerkennung der guten Hochschullehrer. Eine Goldmedaille bei den Olympischen Spielen ist ja auch nicht aufgrund ihres Materialwerts so gefragt.«

Ulrich Schnabel und Martin Spiewak fragen folglich ganz richtig: »Lenkt das ganze Gerede von Exzellenz nicht von der eigentlichen Not der finanziell unterversorgten deutschen Hochschule ab, von überfüllten Hörsälen, schlecht ausgestatteten Bibliotheken, maroden Gebäuden?« ⁴⁷ Fraglich bleibt also, wie es mit Hilfe der Exzellenzinitiative geschafft werden soll, die Breite und die Spitze zu fördern, wie es so schön von den Initiatoren der Initiative gefordert wird. ⁴⁸ Das Gießkannen-Prinzip, das sich in der zweiten Runde durchgesetzt hat, fördert in ihrer Weise die Breite. Spitzenforschung mit dem Instrumentarium des Wettbewerbs um ein paar Millionen über einen begrenzten Zeitraum mehr im Universitätshaushalt kann jedoch nicht dazu beitragen, dass damit Forschungsstrukturen, wie beispielsweise an den *Ivy-League* Universitäten in den USA entstehen. Vielmehr ist es wichtig, dass die veralteten Strukturen der Hochschullandschaft, wie die Professorenbesoldung, Verantwortlichkeiten zwischen dem Bund, den Ländern und den Hochschulen, ein professionelles Wissenschaftsmanagement auch auf der Ebene der Zentralverwaltung selbständiges Forschen auch schon von jungen Wissenschaftlern aufgebrochen werden.

45 Bericht der Gemeinsamen Kommission zur Exzellenzinitiative an die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz, S. 61.

46 Jan-Martin Wiarda, Exzellenzförderung light. DIE ZEIT, 31.1.2008.

47 Ulrich Schabel und Martin Spiewak (2006).

48 Ministerium für Bildung und Forschung. www.bmbf.de (Zugriff 11.6.2009).

Kapitel 13

Die soziale Lage der Studierenden im Wettbewerb

JOCHEN DAHM

Die soziale Lage der Studierenden in Deutschland konstituiert sich aus einer Vielzahl von verschiedenen Aspekten. Dabei sind die Studierenden aber vor allem eines nicht: eine homogene Gruppe mit homogenen Bedürfnissen. Chronisch kranke oder KommilitonInnen mit Behinderungen stehen vor anderen Herausforderungen als Studierende mit Kindern. StudienanfängerInnen unterscheiden sich in Ihren Bedürfnissen von ExamenskandidatInnen, Studentinnen von Studenten. Studierende, die Ihren Lebensunterhalt erjobben, haben ebenso besondere Sorgen und Nöte wie ausländische Studierende. Überschneidungen inbegriffen.

Der Anspruch an gute Hochschulpolitik muss in allen Fällen derselbe ein: Sie muss die Voraussetzungen schaffen, bei denen sich alle Studierende individuell entfalten können. Individuell entsprechend ihrer Fähigkeiten, aber unabhängig von familiärer Situation, Geschlecht, Gesundheit und sozialem oder wirtschaftlichem Hintergrund. Es gilt, die Freiheit der Berufs- und Studienwahl nicht nur formal zu gewähren, sondern auch faktisch zu gewährleisten.

Dieser Artikel konzentriert sich auf die Frage von Chancengleichheit bei unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen. Er geht in einem Abriss der Frage nach, wie der Anspruch auf Chancengleichheit in diesem Bereich in einer wettbewerblich organisierten Hochschullandschaft eingelöst wird und werden kann. Der erste Teil des Artikels fasst Kennzahlen der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Studierenden in Deutschland entsprechend der aktuellen Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks zusammen. Der zweite Teil beschreibt inwieweit Regelungen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Studierenden Gegenstand des föderalem oder hochschulischen Wettbewerbs sind. Der Text schließt mit allgemeinen Überlegungen zur sozialen Situation von Studierenden in einer wettbewerblich organisierten Hochschullandschaft.

Aktuelle Situation

Den Anspruch auf Chancengleichheit bei unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen kann das deutsche Bildungssystem derzeit nicht ansatzweise erfüllen. Im Gegenteil hat Deutschland im OECD-Vergleich eines der selektivsten Bildungssysteme überhaupt. Kaum irgendwo sonst hängt der Bildungserfolg von Kindern so stark vom Einkommen und sozialen Status der Eltern ab.¹ Dies gilt in besonderer Weise für unser Schulsystem², man kann es aber auch am Hochschulzugang festmachen: Von 100 Akademiker-Kindern³ erreichen in Deutschland im Durchschnitt 88 die Sekundarstufe II, 83 erwerben eine Hochschulzugangsberechtigung. Von 100 Kinder von Nicht-Akademikern erreichen nur 46 die Sekundarstufe II, 23 eine Hochschulzugangsberechtigung.⁴ Entsprechend seiner grafischen Darstellung wird dieser Befund treffend als Bildungstrichter bezeichnet. In Wahrscheinlichkeiten ausgedrückt war die Chance, ein Studium aufzunehmen, für ein Beamtenkind 2005 dreieinhalb mal so hoch wie für ein Arbeiterkind. Seit 1995 haben sich die Werte angenähert. »Dieser Angleichungsprozess kann jedoch nicht über die nach wie vor bestehenden großen Disparitäten in der Bildungsbeteiligung hinweg täuschen.«⁵

Der Blick auf die sozialen Zusammensetzung der Studierendenschaft, die neben Zugangshürden auch durch die unterschiedlichen Grundgesamtheiten beeinflusst wird, ergibt folgendes Bild: 38 Prozent der Studierenden entstammen der höchsten sozialen Schicht, 24 Prozent bzw. 25 Prozent entstammen der gehobenen bzw. mittleren und nur 13 Prozent der untersten sozialen Schicht.⁶ »Die Entwicklung in der sozialen Zusammensetzung der Studierenden verlief in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten nahezu unver-

- 1 OECD (Hrsg.), Education at a Glance 2007. OECD Indicators, 2007. S. 116–122. www.oecd.org/dataoecd/4/55/39313286.pdf (Zugriff 20.6. 2009).
- 2 Heike Solga, Wie das deutsche Schulsystem Bildungsungleichheiten verursacht. WZ-BriefBildung01. Berlin, 2008. www.wzb.eu/publikation/pdf/WZbriefBildung200801_solga.pdf (Zugriff 29. 5. 2009).
- 3 Die Sozialerhebung orientiert sich aus methodischen Gründen vor allem am Bildungsabschluss und sozialen Status des Vaters. Dementsprechend werden die Begriffe ArbeiterIn, BeamIn und AkademikerIn im Folgenden nur in der männlichen Form benutzt.
- 4 Wolfgang Isserstedt et al., Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2006, 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. BWH GmbH–Medien Kommunikation: Hannover, 2007. S. 111.
- 5 Wolfgang Isserstedt et al., (2007), S. 101.
- 6 Ebd., S. 138.

ändert in die gleiche Richtung: Der Anteil aus der Herkunftsgruppe ›hochstiegt kontinuierlich an, während sich der Anteil an Studierenden vor allem aus den unteren beiden Herkunftsgruppen reduzierte.«⁷

Aber nicht nur beim Hochschulzugang, sondern auch während des Studiums ist eine ungleiche Chancenverteilung zu konstatieren. Sie ergibt sich vor allem aus der unterschiedlichen Situation der Studienfinanzierung. Studierende aus schwächeren sozialen Schichten haben im Schnitt weniger Geld zur Verfügung⁸, sind stärker auf den eigenen Verdienst angewiesen⁹ und verwenden entsprechend mehr Zeit auf Erwerbsarbeit. Deren Ausmaß korrespondiert jedoch wiederum mit der Zeit, die für das Studium aufgewendet werden kann.¹⁰ Bemerkenswert ist, dass sich, bezogen auf alle Studierenden, im Durchschnitt bereits jetzt eine 41-Stundenwoche aus Aufwand für Studium und Erwerbsarbeit ergibt. Soziale Differenzierungen eingeschlossen.

Mit Blick auf Fragen der Chancengleichheit ist schließlich die jeweilige Einschätzung der eigenen finanziellen Situation bezeichnend. Während aktuell 72 Prozent der Studierenden aus der höchsten sozialen Herkunftsgruppe der Aussage »Die Finanzierung meines Lebensunterhaltes während des Studiums ist sichergestellt« vollständig oder weitgehend zustimmen, trifft dies – BAföG zum Trotz – bei Studierenden aus der unteren sozialen Herkunftsgruppe nur auf 39 Prozent zu. Weit mehr als die Hälfte aller Studierenden aus weniger begüterten Elternhäusern sehen der zukünftigen Finanzierung ihres Studiums also keinesfalls sorgenfrei entgegen.

Soziale und wirtschaftliche Situation im Wettbewerb

Der »Wettbewerb um die besten Köpfe« ist in der hochschulpolitischen Debatte in Deutschland längst zum Gemeinplatz geworden. Auch wenn selten definiert wird, was Inhalt oder Bedingungen dieses Wettbewerbs sind, hindert das viele AkteurInnen meist nicht daran, ihn um so lauter einzufordern. Mit Blick auf die eingangs aufgeworfenen Aspekte stellt sich für diesen Text die Frage, inwiefern möglichst optimale soziale Rahmenbedingungen in Deutschland bislang wettbewerblicher Gegenstand sind. Bei der

7 Ebd., S. 138.

8 Ebd., S. 196.

9 Ebd., S. 197.

10 Ebd., S. 297.

Betrachtung von Regelungen in Bezug auf die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen von Studierenden muss man verschiedene Ebenen unterscheiden: den Bund, die Länder und die Hochschulen.

Der Bund ist in Deutschland mit der Ausnahme von Studiengebühren für den gesamten Bereich der direkten staatlichen Studienfinanzierung verantwortlich. Zu allererst für die Ausgestaltung und überwiegende Finanzierung des BAföG, aber auch für die indirekte Studienförderung über das Kindergeld sowie Steuerfreibeträge. Diese Bereiche sind somit kein Gegenstand des föderalen oder hochschulischen Wettbewerbs.

Die Situation der Studienfinanzierung hat sich durch die jüngst in Kraft getretene Anpassung der BAföG-Bedarfssätze wieder verbessert. Ein Erfolg, der kaum unterschätzt werden kann. Allerdings wird mit Blick auf eine wirkliche Bedarfsdeckung weiter eine Lücke klaffen. Auch der zukünftige BAföG-Höchstsatz wird deutlich hinter den Beträgen zurückbleiben, die die Familiengerichte mit der Düsseldorfer Tabelle regelmäßig für rechtens erachten.¹¹

Verschlechtert hat sich die Situation der Studienförderung mit Blick auf das Kindergeld. Die von der Großen Koalition beschlossene Absenkung des Höchstalters für den Bezug von Studiengebühren trifft vor allem die Studierenden, die ihr Studium – aus welchen Gründen auch immer – zu einem späteren Lebenszeitpunkt beginnen, zum Beispiel Studierende, die die Hochschulzugangsberechtigung auf dem zweiten Bildungsweg erworben haben.¹²

Auch wenn die direkte staatliche Studienfinanzierung auf Bundesebene kein Gegenstand des föderalen Wettbewerbs ist, hat ihre mangelnde Ausgestaltung doch Auswirkungen auf den Wettbewerb der Länder und Hochschulen um Studierende. Hintergrund sind hier die Unterschiede in den Lebenshaltungskosten – vor allem bei Miete – zwischen Bundesländern, aber auch einzelnen Hochschulstandorten. So liegt der durchschnittliche Betrag für Miete und Nebenkosten für Studierende in Chemnitz etwa bei 199 Euro, in München aber bei 336 Euro.¹³ Eine Differenz, die im BAföG auch in Zukunft keine adäquate Entsprechung findet und die Mobilität der Studierenden und damit letztlich einen tatsächlichen Wettbewerb erschwert.

11 Düsseldorfer Tabelle. www.olg-duesseldorf.nrw.de/07service/07_ddorftab/07_ddorf_tab_2009/2005_ddorfer_tab.pdf (Zugriff 20.6. 2009).

12 Oliver Iost, Kindergeld. Hamburg, 2007. www.bafog-rechner.de/Hintergrund/art-391-kindergeld2007..php (Zugriff 20.6. 2009).

13 Wolfgang Isserstedt et al., (2007), S. 231.

Neben dem Bereich der Studienfinanzierung beeinflusst der Bund die soziale Situation der Studierenden auch über das Hochschulrahmengesetz. Darin verpflichtet er die Hochschulen, sich der studentischen Wohlfahrt anzunehmen und besondere Vorkehrungen für Studierende mit Kind und Studierende mit Behinderung zu treffen.¹⁴ Im Nachklang der Föderalismusreform diskutiert der Bundestag derzeit allerdings künftige Existenz und Umfang des Hochschulrahmengesetzes. Sollte die genannte Verpflichtung aufgehoben oder ersetzt werden, läge es in der Hand der Länder, die Hochschulen entsprechend zu binden.

Auf Ebene der Länder ist die soziale und wirtschaftliche Situation der Studierenden sehr wohl Gegenstand des föderalen Wettbewerbs. Zum einen wegen der hier geregelten Erhebung von allgemeinen Studiengebühren. Derzeit werden allgemeine Studiengebühren in den unionsgeführten Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland jeweils in Höhe von bis zu 500 Euro erhoben. Dass es diesen Ländern entgegen ihren Ankündigungen nicht gelungen ist, die erwarteten und erwartbaren negativen Effekte von Studiengebühren zu verhindern, zeigt eine vom ebenfalls unionsgeführten Bundesbildungsministerium lange unter Verschluss gehaltene Untersuchung von HIS¹⁵

Neben den grundsätzlichen negativen Effekten hat die Einführung von Studiengebühren unter den Bedingungen des föderalen Wettbewerbs zusätzlich zu Mobilitätshindernissen geführt. Den betreffenden Bundesländern ist es beispielsweise bis heute nicht gelungen, ihre unterschiedlichen Befreiungstatbestände einander anzupassen. So werden Studierende mit Kind in Nordrhein-Westfalen etwa bis zu Volljährigkeit des Kindes befreit, in Baden-Württemberg nur bis zum achten Lebensjahr, in Niedersachsen wiederum bis 14 und in Bayern bis das Kind zehn Jahre alt ist. Unklar ist auch, wie Studierende bei einem Studienortswchsel von einem Bundesland ins andere von den Verschuldungshöchstgrenzen der verschiedenen Studiengebührenkredite profitieren können, nicht zuletzt, da auch diese in der Höhe erheblich variieren.¹⁶

14 §2 (4) Hochschulrahmengesetz.

15 Christoph Heine, Heiko Quast, Heike Spangenberg, Studiengebühren aus der Sicht von Studienberechtigten. Finanzierung und Auswirkungen auf Studienpläne und -strategien, HIS (Hrsg.). Forum Hochschule 15/2008, Hannover, 2008.

16 Bernhard Liebscher, Übersicht über geplante allgemeine Studiengebühren in Bundesländern. Berlin, 2008. [www.studentenwerke.de/pdf/Uebersicht Prozent20Details Prozent20Studiengebuehren.pdf](http://www.studentenwerke.de/pdf/Uebersicht_Prozent20Details_Prozent20Studiengebuehren.pdf) (Zugriff 20.6. 2009).

Die Länder sind für einen weiteren wesentlichen Aspekt der sozialen und wirtschaftlichen Situation der Studierenden verantwortlich: die finanzielle Ausstattung der Studentenwerke. Mit ihren Dienstleistungen in den Bereichen Wohnen, Verpflegung, Studienfinanzierung und Beratung sind die Studentenwerke ein wichtiger Bestandteil der sozialen Infrastruktur an den Hochschulen. Trotz des annoncierten Kampfes um die besten Köpfe haben die Länder in diesem zuletzt allerdings keinerlei Anstrengungen gezeigt: »Sowohl in den Absolutbeträgen als auch prozentual hat es in den vergangenen Jahren einen spürbaren kontinuierlichen Rückgang bei den Landeszuschüssen gegeben.«¹⁷ Schon seit einiger Zeit übersteigt die Summe der Sozialbeiträge der Studierenden die Summe der staatlichen Zuschüsse.

Die Möglichkeiten der Hochschule, die soziale und wirtschaftliche Lage der Studierenden zu gestalten, sind einerseits begrenzt, andererseits aber doch vorhanden. Für Nordrhein-Westfalen muss zunächst auf den Sonderfall hingewiesen werden, dass die Hochschulen hier die Möglichkeit haben, selbst über die Erhebung von Studiengebühren zu entscheiden. In den anderen Bundesländern wurde diese Entscheidung zentral für alle Hochschulen getroffen. Von der Möglichkeit, keine Studiengebühren zu erheben oder unter dem Maximalbetrag von 500 Euro zu bleiben, haben aber nur wenige Hochschulen Gebrauch gemacht.¹⁸ Nach Meinung der Hochschulleitungen bestand diese Möglichkeit aber auch nicht. So äußerte der Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz der Universitäten Prof. Dr. Ronge in der NRW-Landtagsanhörung zum Studiengebührengesetz etwa: »Ich versuche es einmal brechtisch: Einem Hungernden vor dem Brotkorb zu sagen, er könne wählen, ob er essen wolle oder nicht, ist irgendwie zynisch. Woher das Brot kommt, ist eine andere Frage, es sei denn, man weiß, dass es Hehlerbrot oder etwas Ähnliches ist.«¹⁹ In Bezug auf den Wettbewerb um Studierende wurde von Seiten der Hochschulleitungen meist argumentiert, dass die Erhebung von Studiengebühren die Attraktion von Studierenden durch bessere Studienbedingungen erst ermögliche. Die Auffassung, dass auch ein finanziell möglichst breiter Hochschulzugang ein Wettbewerbsvorteil sein könne, wurde kaum vertreten. Der Vorsitzende der Kanzlerkon-

17 Deutsches Studentenwerk (Hrsg.), Studentenwerke im Zahlenspiegel 2006/2007. Druckhaus Berlin-Mitte: Berlin, 2007. S. 14.

18 Oliver Iost (Hrsg.), Lagebericht NRW. Stand 11. Mai 2009. www.studis-online.de/HoPo/art-464-nrw_lagebericht.php (Zugriff 20.6. 2009).

19 Landtag Nordrhein-Westfalen, Ausschussprotokoll APr 14/110, 14. Wahlperiode. Sitzung vom 26.1.2006. S. 6

ferenz der Universitäten Gerhard Möller fasste die entsprechende Position so zusammen: »Die sozialverträgliche Ausgestaltung ist unseres Erachtens Aufgabe des Gesetzgebers und nicht der Hochschulen.«²⁰ Interessant ist, dass er auch dafür plädierte, soziale Ausnahmeregelungen von Studiengebühren von vornherein gesetzlich zu regeln und nicht zum Gegenstand von hochschulischem Wettbewerb zu machen.

Neben dem Sonderfall NRW können die Hochschulen vor Ort vor allem durch lokale Initiativen Einfluss auf die soziale und wirtschaftliche Situation der Studierenden nehmen, etwa durch Kooperationen mit den Studentenwerken. Ein Überblick über die verschiedenen Angebote kann hier kaum geleistet werden. Ein Punkt soll jedoch herausgegriffen werden. Seit 2001 bietet die »Beruf und Familien GmbH«, eine Initiative der Hertie-Stiftung, Hochschulen eine anerkannte Auditierung als »Familiengerechte Hochschule« an. Der Blick in die Liste der bereits auditierten Hochschulen zeigt aber, dass bislang nur ein Bruchteil aller Hochschulen diesen Titel für sich als wettbewerbsfördernd erkannt hat und für sich in Anspruch nehmen (kann).

Eine weitere Einflussmöglichkeit der Hochschulen auf die soziale und wirtschaftliche Situation ihrer Studierenden wird im akademischen Alltag schließlich oft übersehen: die Frage der Ausgestaltung der neuen Studienstrukturen. Aufgrund der Verkürzung der Studienzeit bis zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss neigen die Hochschulen dazu, den quantitativen Studienumfang gerade für den Bachelor erheblich zu verdichten. Mit Blick auf die oben konstatierte 41-Stundenwoche, die Studierende schon jetzt im Durchschnitt bewältigen müssen, bleibt das nicht ohne Folgen für diejenigen, die zur Sicherung des Lebensunterhaltes auf Erwerbsarbeit angewiesen sind. Dieser Befund besitzt nicht nur während des Semesters, sondern mit Blick auf anzufertigende Hausarbeiten und oft vorgeschriebene Pflichtpraktika auch für die vorlesungsfreie Zeit Gültigkeit.

Allgemeine Überlegungen

Zugespißt lässt sich mit Blick auf die soziale Situation festhalten: Die wirtschaftliche und soziale Situation der Studierenden ist bisher kaum Gegenstand eines föderalen oder hochschulischen Wettbewerbs. Dort, wo sie es

20 Ebd., S. 12.

ist, geht der Wettbewerb bislang meist nicht zu Gunsten, sondern zu Lasten der Studierenden aus.

Diesen Trend zu brechen, erscheint nicht einfach. Die Frage, warum es für eine Hochschule oder ein Bundesland in einem rein wettbewerblich organisierten Hochschulsystem attraktiv sein sollte, sich als besonders familienfreundlich oder behindertengerecht zu vermarkten oder sich darum zu sorgen, möglichst viele wirtschaftlich und sozial schwächer gestellte Studierende anzuziehen, ist mit Marktlogik wohl nicht zu beantworten. Bestenfalls werden alle Studierenden gleich behandelt und damit entsprechend ihrer individuellen Bedürfnisse ungleich. Wo der Markt versagt, muss der Staat Regelungen treffen. Ein tatsächlicher Wettbewerb der Hochschulen um Studierende kann nur gedacht werden, wenn der Staat die rechtlichen Rahmenbedingungen entsprechend setzt: angefangen bei einer tatsächlich angemessenen Studienfinanzierung über diskriminierungsfreie Zulassungsverfahren bis hin zu starken Studentenwerken und rechtlichen Garantien für Studierende in besonderen Lebenssituationen. Die soziale Lage der Studierenden sollte somit auch in einer wettbewerblich organisierten Hochschullandschaft keine Fragen von Marktanreizen, sondern Gegenstand der gesetzlichen und – vorgeschaltet – der politischen und gesellschaftlichen Willensbildung sein. Für die AkteurInnen, die eine Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation der Studierenden anstreben, muss der Anspruch daher entsprechend sein, Mehrheiten für möglichst gute soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu erkämpfen. Ein nicht zu unterschätzender erster Schritt ist es dabei, sicherzustellen, dass die sozialen Rahmenbedingungen auch weiter Gegenstand wissenschaftlicher Analyse sind und sein können. Ein Anspruch, der banal erscheint, aber mit Blick auf die Untersuchung der Auswirkungen der Einführung von Studiengebühren keineswegs unumstritten ist.²¹

Festzuhalten ist jedenfalls: Der Anspruch, Chancengleichheit in Deutschland unabhängig von den sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen der Studierenden zu realisieren, konnte bislang nicht eingelöst werden. Ob er in einer wettbewerblich organisierten Hochschullandschaft eher eingelöst werden kann, erscheint mehr als ungewiss. Sicher ist nur, dass die Dramatik der derzeitigen Situation keinerlei Rückschritte und Experimente zu Lasten der sozialen Situation der Studierenden mehr erlaubt.

21 Deutscher Bundestag, Drucksache 16/6922, Monitoring zu den Auswirkungen von Studiengebühren. Antwort der Bundesregierung vom 1. 11. 16. Wahlperiode. 2007